

BUNDESGESETZBLATT

FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Jahrgang 2001

Ausgegeben am 20. Februar 2001

Teil III

43. Abkommen zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Arabischen Republik Ägypten über die wirtschaftliche, industrielle, technische und technologische Zusammenarbeit

43.

ABKOMMEN

zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Arabischen Republik Ägypten über die wirtschaftliche, industrielle, technische und technologische Zusammenarbeit

Die Österreichische Bundesregierung und die Regierung der Arabischen Republik Ägypten, im folgenden „Vertragsparteien“ genannt, sind,

- im Bestreben die wirtschaftliche, industrielle, technische und technologische Zusammenarbeit auf der Grundlage der Gegenseitigkeit und des beiderseitigen Vorteils zu fördern und zu vertiefen,
- in der Überzeugung, daß ein neues Abkommen eine günstige Voraussetzung und eine geeignete Grundlage zur Weiterentwicklung der Zusammenarbeit schafft,
- unter Bedachtnahme auf das Kooperationsabkommen zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Arabischen Republik Ägypten sowie die diesbezüglichen (Zusatz)Protokolle,
- ausgehend von marktwirtschaftlichen Grundsätzen,
- im Rahmen der im jeweiligen Staat geltenden Rechtsvorschriften,

wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Die Vertragsparteien werden im Rahmen der im jeweiligen Staat geltenden Rechtsvorschriften um die Fortsetzung, Weiterentwicklung und Ausweitung der wirtschaftlichen, industriellen, technischen und technologischen Zusammenarbeit bemüht sein.

Artikel 2

Den Zielsetzungen des Artikels 1 entsprechend, werden die Vertragsparteien im Rahmen ihrer Möglichkeiten die Außenwirtschaftsbeziehungen zwischen den Unternehmen, Organisationen, Gesellschaften und Institutionen, im folgenden „Unternehmen“ genannt, beider Staaten fördern.

Artikel 3

Unter Bedachtnahme auf die langjährigen Außenwirtschaftsbeziehungen und den Stand der wirtschaftlichen, industriellen, technischen und technologischen Zusammenarbeit stimmen die Vertragsparteien überein, daß günstige Möglichkeiten für eine langfristige Zusammenarbeit insbesondere in folgenden Bereichen gegeben sind:

- Agro- und Lebensmittelindustrie, Verarbeitung und Lagerung landwirtschaftlicher Produkte;
- Landwirtschaft und Agrartechnik;
- Wasser- und Forstwirtschaft;
- Gesundheitswesen, Medizintechnik, medizinische und pharmazeutische Industrie;
- Energiewesen einschließlich Zusammenarbeit auf Drittmärkten;
- chemische und petrochemische Industrie;
- elektrische Geräte und Haushaltstechnik;
- elektronische und elektrotechnische Industrie;
- Metallurgie einschließlich Buntmetallurgie und metallbearbeitende Industrie;
- Industrieausrüstung und -zulieferungen;

- Aufsuchung, Gewinnung, Aufbereitung, Veredelung und Weiterverarbeitung sowie Vermarktung von mineralischen Rohstoffen und Bergbauprodukten;
- Ausbau und Revitalisierung des Kraftwerksparks sowie des Hochspannungsleitungswerkes und der Leitungsnetze für Erdgas und Erdöl.

Artikel 4

Die Vertragsparteien werden höchstes Interesse der Zusammenarbeit bei Entwicklung und Ausbau von Infrastruktursystemen in folgenden Bereichen widmen:

- Tourismusinfrastruktur;
- Abfallwirtschaft und Recycling;
- Wasserwirtschaft;
- Eisenbahnen;
- Telekommunikation;
- Energieerzeugung und -versorgung;
- Luftfahrt.

Artikel 5

Die wirtschaftliche, industrielle, technische und technologische Zusammenarbeit könnte vorwiegend in folgenden Formen verwirklicht werden:

- Gründung von Gemeinschaftsunternehmen, Errichtung von Handelsvertretungen und -niederlassungen;
- Technologie- und Know-how-Transfer;
- Kooperationsvereinbarungen zur effizienteren Ausnutzung von Produktionskapazitäten, Minimierung der Produktionskosten und Steigerung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit;
- Revitalisierung, Modernisierung, Ausbau, Automation bestehender Anlagen und Industrien, Rüstungskonversion;
- Marketing, Consulting und sonstige Dienstleistungen;
- Erstellung von Feasibility – Studien;
- Organisation und Durchführung von gemeinsamen Seminaren, Symposien und Konferenzen, Austausch von Delegationen und Experten im Wirtschaftsbereich;
- Zusammenarbeit und Erfahrungsaustausch bei der Erwachsenen-Berufsausbildung;
- Errichtung von Vocational Training Centers;
- Austausch von Patenten und Lizenzen sowie sonstigen gewerblichen Schutzrechten.

Artikel 6

Bei der Verwirklichung der Zusammenarbeit im Rahmen dieses Abkommens werden die Vertragsparteien moderne und umweltfreundliche Technologien sowie die Schonung ökologischer Ressourcen anstreben und unterstützen. Die Projekte sollen nach dem neuesten Stand der Technik verwirklicht werden.

Artikel 7

Die Vertragsparteien sind sich der Bedeutung der Beziehungen im Bereich des Tourismus bewußt, deren Grundlage das Regierungsabkommen über die Zusammenarbeit auf dem Gebiete des Fremdenverkehrs vom 11. November 1983 bildet.

Artikel 8

Die Vertragsparteien werden im Rahmen ihrer Möglichkeiten und der im jeweiligen Staat geltenden Rechtsvorschriften Beratungsleistungen, Berufsausbildung sowie insbesondere die Aus- und Weiterbildung von Facharbeitern und -angestellten sowie von Führungskräften vor allem auf dem Gebiete der Außenwirtschaft, der Wirtschaftsverwaltung, des Tourismus, des gewerblichen Rechtsschutzes, Bank-, Finanz- und Versicherungswesens fördern.

Artikel 9

Die Vertragsparteien werden den Schutz des gewerblichen Eigentums und dessen Durchsetzung im Rahmen ihrer Möglichkeiten und der im jeweiligen Staat geltenden Rechtsvorschriften und insbesondere auf Grundlage der Pariser Verbandsübereinkunft zum Schutz des gewerblichen Eigentums fördern sowie Maßnahmen zur Weiterentwicklung und zum Ausbau der Zusammenarbeit vereinbaren.

Artikel 10

Falls keine andere Vereinbarung getroffen wird, erfolgt die wirtschaftliche, industrielle, technische und technologische Zusammenarbeit zwischen den Unternehmen beider Staaten im Rahmen dieses Abkommens auf kommerzieller Grundlage.

Artikel 11

Die Vertragsparteien erkennen die Nützlichkeit und Notwendigkeit einer stärkeren Beteiligung kleiner und mittlerer Unternehmen an den bilateralen Außenwirtschaftsbeziehungen an und werden im Rahmen der im jeweiligen Staat geltenden Rechtsvorschriften günstige Rahmenbedingungen fördern.

Artikel 12

(1) Die Vertragsparteien empfehlen den Unternehmen zur Streitbeilegung primär freundschaftliche Lösungen im beiderseitigen Einvernehmen.

(2) Im Rahmen der in beiden Staaten geltenden Rechtsvorschriften und auf Grund der vertraglichen Vereinbarungen zwischen den Unternehmen fördern die Vertragsparteien

- a) die Regelung von Streitfragen zwischen Unternehmen im Zusammenhang mit Handels- und Kooperationsgeschäften sowie bei der Gründung von Gemeinschaftsunternehmen und Direktinvestitionen der Vertragsparteien durch Schiedsgerichte,
- b) die Anwendung der von der Kommission der Vereinten Nationen für internationales Handelsrecht (UNCITRAL) ausgearbeiteten Schiedsregeln und die Einschaltung eines Schiedsgerichts eines Unterzeichnerstaates des 1958 in New York geschlossenen Übereinkommens über die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Schiedssprüche oder des „Cairo Regional Center for International Commercial Arbitration“.

Artikel 13

Die während der Geltungsdauer des vorliegenden Abkommens von den Unternehmen beider Vertragsparteien übernommenen Rechte und Verpflichtungen bleiben von Änderungen oder vom Ablauf des vorliegenden Abkommens unberührt.

Artikel 14

(1) Mit dem vorliegenden Abkommen wird ein „Gemischter Ausschuß“ errichtet, welcher auf Wunsch einer der beiden Vertragsparteien abwechselnd nach Österreich oder Ägypten einberufen wird.

(2) Zu den Aufgaben dieses Gemischten Ausschusses gehören insbesondere:

- a) Erörterung der Entwicklung und des Standes der bilateralen Außenwirtschaftsbeziehungen,
- b) Aufzeigen neuer Möglichkeiten zur Weiterentwicklung der zukünftigen wirtschaftlichen Zusammenarbeit,
- c) Ausarbeitung von Vorschlägen zur Verbesserung der Bedingungen der wirtschaftlichen, industriellen, technischen und technologischen Zusammenarbeit zwischen den Unternehmen beider Staaten,
- d) Unterbreitung von Empfehlungen zur Anwendung dieses Abkommens.

(3) Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vertragsparteien über die Anwendung oder Auslegung des vorliegenden Abkommens sollen im Rahmen des Gemischten Ausschusses beigelegt werden.

Artikel 15

Dieses Abkommen gilt unbeschadet und vorbehaltlich der Verpflichtungen, die sich aus der Zugehörigkeit Österreichs zur Europäischen Union ergeben. Die Bestimmungen des Abkommens können daher auf keinen Fall in der Weise geltend gemacht oder ausgelegt werden, daß sie die Verpflichtungen, die sich aus dem Vertrag über die Europäische Union oder aus den Abkommen zwischen der Arabischen Republik Ägypten und der Europäischen Gemeinschaft ergeben, aufheben oder berühren.

Artikel 16

Mit Rechtswirksamkeit des vorliegenden Abkommens treten folgende zwei Abkommen außer Kraft:

1. Handelsabkommen zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Vereinigten Arabischen Republik vom 1. Juni 1960;
2. Abkommen zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Arabischen Republik Ägypten über wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit vom 18. Jänner 1975.

Artikel 17

Das vorliegende Abkommen tritt am ersten Tag, an dem die Vertragsparteien einander das Vorliegen der innerstaatlichen Voraussetzungen notifiziert haben für die Dauer von drei Jahren in Kraft und verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn es nicht von einer der beiden Vertragsparteien drei Monate vor Ablauf seiner Gültigkeit schriftlich gekündigt wird.

ZU URKUND DESSEN haben die bevollmächtigten Vertreter beider Staaten dieses Abkommen unterzeichnet.

GESCHEHEN zu Kairo, am 12. September 1996 in zwei Originalen in deutscher, arabischer und englischer Sprache, wobei alle Texte in gleicher Weise authentisch sind. Im Falle von Meinungsverschiedenheiten hinsichtlich der Auslegung ist der englische Text maßgebend.

Für die Österreichische Bundesregierung:

Dr. Benita Ferrero-Waldner

Für die Regierung der Arabischen Republik Ägypten:

Amre Mahmoud Moussa

اتفاقية التعاون الاقتصادي والصناعي والفني والتكنولوجي بين

حكومتي جمهورية النمسا الاتحادية و جمهورية مصر العربية

إن حكومتي جمهورية النمسا الاتحادية و جمهورية مصر العربية المشار إليهما فيما بعد ب " الطرفان المتعاقدان "

سعيًا إلى تطوير وتوثيق علاقات التعاون الاقتصادي والصناعي والفني والتكنولوجي على أساس مبادئ المساواة المتبادلة والمصالح المشتركة ،
إقتناعًا بأن إبرام إتفاقية جديدة يوفر الشروط الملائمة والأسس المناسبة لتطوير وتنمية التعاون بين البلدين ،

أخذًا في الاعتبار إتفاقية التعاون وملحقاتها القائمة بين المجموعة الأوروبية الاقتصادية وجمهورية مصر العربية ،

وتأسيسًا على مبادئ إقتصاد السوق ،

وفي إطار اللوائح القانونية السارية في البلدين ،

إتفق الطرفان على ما يلي :

المادة ١

يعمل الطرفان المتعاقدان على مواصلة تطوير وتوسيع التعاون في المجالات الاقتصادية والصناعية والفنية والتكنولوجية وذلك في نطاق النظم والقوانين المتبعة في كل دولة منهما .

المادة ٢

يقوم الطرفان المتعاقدان في حدود إمكانياتهما ولتحقيق الأهداف المذكورة في المادة رقم ١ بتشجيع العلاقات الاقتصادية الخارجية بين شركات ومنظمات ومؤسسات وهيئات البلدين والتي سيطلق عليها فيما بعد مصطلح " شركات " .

المادة ٣

في ضوء علاقات التعاون الاقتصادي بين البلدين ، والمستوى الذي وصلت إليه آفاق التعاون الاقتصادي والصناعي والفني والتكنولوجي بينهما يتفق الطرفان على وجود إمكانيات ملائمة للتعاون الطويل الأجل في مجالات من بينها :-

- الصناعات الزراعية وصناعة المواد الغذائية وتصنيع وتخزين المنتجات الزراعية ،
- الزراعة والتقنيات الزراعية / تكنولوجيا الزراعة ،
- إقتصاد الغابات وإقتصاد المياه ،
- مجال الصحة العامة والتكنولوجيا الطبية وصناعات الطب والصيدلة ،
- الطاقة بما يشمل التعاون في أسواق ثالثة ،
- الصناعات الكيماوية والبتروكيماوية ،
- المعدات الكهربائية وتكنولوجيا الأجهزة المنزلية ،
- الصناعات الإلكترونية والتقنية الكهربائية ،
- الصناعات المعدنية بما فيها المعادن الملونة والصناعات التجهيزية ،
- معدات وتوريدات صناعية ،
- إستغلال وإنتاج وتجهيز ومعالجة المواد الخام ومنتجات المناجم وتسويقها ،
- توسيع وإعادة تأهيل محطات التوليد ومحطات محولات الضغط العالي و خطوط أنابيب البترول والغاز الطبيعي .

المادة ٤

بيدي الطرفان المتعاقدان إهتماما بالغاً بالتعاون في تطوير وتوسيع البنية الأساسية في مجالات فيما بينها ما يلي :-

- البنية الأساسية لقطاع السياحة ،
- إقتصاد النفايات وإعادة استخدامها ،
- إقتصاد المياه ،
- السكك الحديدية ،
- الاتصالات ،
- إنتاج وتوزيع الطاقة ،
- الطيران .

المادة ٥

يمكن تحقيق التعاون الاقتصادي والصناعي والفني والتكنولوجي بشكل أساسي على النحو التالي :-

- تأسيس شركات مشتركة وإنشاء وكالات تجارية وفروع لمكاتب الشركات ،
- نقل التكنولوجيا والخبرة (KNOW-HOW) ،
- عقد إتفاقيات تعاون لمزيد من الاستفادة الفعالة من الطاقة الانتاجية وتقليل تكاليف الانتاج وزيادة القدرة على المنافسة العالمية ،
- تحديث وتطوير وتوسيع وميكنة المشروعات والصناعات القائمة ،
- التسويق والاستشارات والخدمات الأخرى ،

- إعداد دراسات الجدوى ،
- تنظيم وتنفيذ حلقات دراسية مشتركة ومؤتمرات وتبادل الوفود والخبراء في المجال الاقتصادي ،
- التعاون وتبادل وجهات النظر في مجال التدريب المهني للكبار ،
- إنشاء مراكز التدريب المهني ،
- تبادل براءات الاختراع والتراخيص وكذا حقوق الملكية الصناعية الأخرى .

المادة ٦

يسعى ويساند الطرفان المتعاقدان إلى استعمال طرق التكنولوجيا الحديثة وكذلك حماية مصادر اقتصاد البيئة أثناء تحقيق التعاون في إطار هذه الاتفاقية ، كما يتم تنفيذ المشروعات بتطبيق أحدث الأساليب الفنية.

المادة ٧

أكد الطرفان أهمية العلاقات في مجال السياحة والتي تركز على إتفاق التعاون الحكومي في مجال السياحة والموقع في ١١ نوفمبر عام ١٩٨٣م.

المادة ٨

يقوم الطرفان المتعاقدان في نطاق الامكانيات المتاحة لكل منهما و في إطار النظم القانونية المطبقة في كلتا الدولتين بتشجيع الخدمات الاستشارية والتعليم المهني وخاصة تعليم وتدريب الخبراء والأشخاص التنفيذيين خصوصا في مجالات الاقتصاد الخارجي والاقتصاد الإداري وفي مجال السياحة وبراءة الاختراع والبنوك والمؤسسات المالية وشركات التأمين .

المادة ٩

يعمل الطرفان المتعاقدان على تشجيع حماية الملكية الصناعية وتحقيقها وذلك في إطار الامكانيات المتاحة لكل منهما وفي ظل اللوائح القانونية المتبعة في كل من الدولتين وعلى وجه الخصوص وفقا لاتفاقية باريس لحماية الملكية الصناعية ، كما سيتفقان على إجراءات تطوير وتوسيع التعاون المشترك في هذا المجال.

المادة ١٠

في حالة عدم إبرام اتفاقيات أخرى فسيتم التعاون الاقتصادي والصناعي والفني والتكنولوجي بين الشركات التابعة لكلتا الدولتين في إطار هذه الاتفاقية على أسس تجارية.

المادة ١١

يقدر الطرفان المتعاقدان أهمية وضرورة تحقيق مشاركة أوثق في العلاقات الاقتصادية الخارجية الثنائية من قبل الشركات الصغيرة والمتوسطة الحجم ، ويقوم كل من الطرفين بدعم وتشجيع وضع الإطار الملائم والشروط المناسبة لمثل هذه المشاركة وذلك في نطاق اللوائح القانونية المتبعة في كل من الدولتين.

المادة ١٢

- (١) يوصي الطرفان المتعاقدان الشركات باللجوء أولا إلى تسوية الخلافات وديا وبتفاهم طرفي النزاع ،
- (٢) يقوم الطرفان المتعاقدان في نطاق القوانين واللوائح المتبعة في كل من الدولتين وطبقا لبنود الاتفاقيات المبرومة بين الشركات بتشجيع ما يلي :

- أ - تسوية الخلافات بين الشركات فيما يتعلق بصفقات التجارة والتعاون وكذلك فيما يخص تأسيس الشركات المشتركة والاستثمارات المباشرة لطرفي العقد عن طريق اللجوء إلى هيئات التحكيم ،
- ب - تطبيق قواعد التحكيم الموضوعية من قبل لجنة الأمم المتحدة للقانون التجاري الدولي (UNCITRAL) ، وللجوء إلى إحدى هيئات التحكيم التابعة لدولة من الدول الموقعة على الاتفاق المعقود في نيويورك عام ١٩٥٨م والمتعلق بالموافقة على قرارات التحكيم الصادرة في دول أجنبية وبتنفيذها أو اللجوء إلى مركز القاهرة الإقليمي للتحكيم التجاري الدولي.

المادة ١٣

تبقى الحقوق والالتزامات القانونية الخاصة بشركات الطرفين المتعاقدين والتي تم الاتفاق عليها أثناء سريان هذه الاتفاقية دون مساس أو تأثير بإدخال التعديلات على الاتفاقية أو بإنهاء مفعولها.

المادة ١٤

- ١- بمجرد إبرام هذه الاتفاقية يتم تأسيس لجنة مشتركة تتفقد بناء على رغبة أحد طرفي العقد بالتناوب في النمسا أو في مصر.
- ٢- تشمل واجبات هذه اللجنة المشتركة خاصة المجالات التالية :-
- أ - دراسة واستعراض سبل تطوير الوضع القائم للعلاقات الاقتصادية الخارجية الثانية ،
- ب - تحديد امكانيات جديدة لتطوير التعاون الاقتصادي في المستقبل ،

- ج - إعداد وتقديم اقتراحات لتحسين ظروف التعاون الاقتصادي والصناعي والفني والتكنولوجي بين شركات كلتا الدولتين ،
 د - تقديم توصيات لكيفية استعمال وتطبيق الاتفاقية ،
- ٣- يتم تسوية أية خلافات متعلقة بتنفيذ أو تفسير بنود هذه الاتفاقية بين الطرفين المتعاقدين في إطار اجتماعات اللجنة المشتركة.

المادة ١٥

سوف يطبق هذا الاتفاق دون المساس بالالتزامات الناتجة عن العضوية في الاتحاد الأوروبي، وطبقاً لهذه الالتزامات.

وبالتالي فإن مضمون هذا الاتفاق لا يتسبب أو يفسر بطريقة قد تؤدي إلى إضعاف أو التأثير على الالتزامات التي يميلها الاتفاق مع الاتحاد الأوروبي أو الاتفاقات بين جمهورية مصر العربية والمجموعة الأوروبية.

المادة ١٦

يترتب على إبرام هذه الاتفاقية إلغاء الاتفاقيتين التاليتين معا :

- ١ - الاتفاقية التجارية الموقعة بتاريخ ١/٦/١٩٦٠م ، بين حكومة جمهورية النمسا الاتحادية وحكومة الجمهورية العربية المتحدة ،
 ٢ - الاتفاقية الموقعة بتاريخ ١٨/١/١٩٧٥م ، بين حكومة جمهورية النمسا الاتحادية وحكومة جمهورية مصر العربية حول التعاون الاقتصادي والفني .

المادة ١٧

تدخل هذه الاتفاقية حيز النفاذ من تاريخ تبادل المذكرات بإتمام الاجراءات الدستورية في كلا البلدين ، وتظل سارية لمدة ثلاث سنوات تجدد بعدها لمدد متتالية كل منها مدتها سنة ما لم يقر أحد الطرفين بإخطار الطرف الآخر كتابة بنيته في إنهائها قبل إنتهاء سرياتها بثلاثة أشهر.

وإشهادا على ما تقدم فإن الطرفين اللذين يعملان من خلال ممثليهما المفوضين لهذا الغرض قد وقعا هذه الاتفاقية .

حررت في القاهرة بتاريخ١٩٩٦م سبتمبر عام ١٩٩٦م

من أصلين باللغات الألمانية والعربية والانجليزية ولكل منهما نفس الحجية وفي حالة الاختلاف في التفسير يعتد بالنص الانجليزي.

عن حكومة
جمهورية مصر العربية

Amre Mahmoud Moussa

عن حكومة
جمهورية النمسا الاتحادية

Dr. Benita Ferrero-Waldner

AGREEMENT

between the Federal Government of the Republic of Austria and the Government of the Arab Republic of Egypt on Economic, Industrial, Technical and Technological Cooperation

The Federal Government of the Republic of Austria and the Government of the Arab Republic of Egypt, hereinafter referred to as “contracting parties”

- wishing to promote and intensify the economic, industrial, technical and technological cooperation on the basis of reciprocity and mutual benefit,
- convinced that a new agreement will create favourable conditions and a suitable basis for the further development of cooperation,
- taking account of the cooperation agreement between the European Economic Community and the Arab Republic of Egypt as well as of the according (additional) protocols,
- based on the principles of market economy,
- within the framework of the respective legislation in force in the two countries,

have agreed as follows:

Article 1

The contracting parties shall promote, in the framework of their respective legislation, the continuation, further development and expansion of the economic, industrial, technical and technological cooperation.

Article 2

According to the objective of Article 1, the contracting parties will promote within the framework of their possibilities the foreign economic relations between the enterprises, organisations, societies and institutions, hereinafter referred to as “enterprises”.

Article 3

Considering the longstanding economic relations and the status quo of economic, industrial, technical and technological cooperation the contracting parties agree that favourable conditions for a long-term cooperation exist inter alia in the following areas:

- agricultural and food processing industry, processing and storage of agricultural products;
- agriculture and agricultural technology;
- water and forestry industries;
- health care, medical technology, medical and pharmaceutical industry;
- energy, including the cooperation on third markets;
- chemical and petrochemical industries;
- electric equipment and household technology;
- electronic and electrotechnical industries;
- metallurgy including coloured metals and metal-processing industries;
- industrial equipment and supplies;
- exploration, production, preparation, treatment and further processing as well as marketing of mineral raw materials and mining products;
- expansion and revitalization of existing power plants and of the high-tension transmission system and the petroleum and natural gas pipelines.

Article 4

The contracting parties will show utmost interest in cooperating in the development and expansion of the infrastructure systems inter alia in the following areas:

- infrastructure of tourism;
- waste disposal industry and recycling;
- water industry;
- railroads;
- telecommunications;
- energy production and supply;
- aviation.

Article 5

The economic, industrial, technical and technological cooperation could be mainly achieved according to the following patterns:

- foundation of joint ventures, establishment of company representations and branch offices;
- transfer of technology and know-how;
- cooperation agreements for a more efficient use of production capacities, minimization of production costs and improvement of international competitiveness;
- revitalization, modernization, expansion, automation of existing plants and industries;
- marketing, consulting and other services;
- draw up of feasibility studies;
- organization and execution of joint seminars, symposia and conferences, exchange of delegations and experts in the economic field;
- cooperation and exchange of views in the field of adult vocational training;
- establishment of vocational training centers;
- exchange of patents and licences as well as of other industrial property rights.

Article 6

In achieving cooperation within the framework of this Agreement the contracting parties shall strive for and support modern and ecologically sound technologies, as well as the careful use of ecological resources. The projects shall be realized according to the latest technical standards.

Article 7

The contracting parties realize the importance of relations in the field of tourism, based on the Government Agreement of November 11th, 1983 regarding the Cooperation in the Field of Tourism.

Article 8

Within the framework of their possibilities and the legal regulations in force in the respective countries the contracting parties shall promote advisory services, vocational training and especially the coaching and extended training of skilled workers and employees as well as executive personnel, mainly in the fields of foreign economy, business administration, tourism, patents, banking, financing and insurance business.

Article 9

The contracting parties shall promote the protection and enforcement of industrial property in the framework of their possibilities and the legal regulations in the respective countries, and, especially, on the basis of the Paris Convention for the Protection of Industrial Property and shall agree on measures for the further development and intensification of cooperation.

Article 10

If not provisioned for differently, the economic, industrial, technical and technological cooperation between the enterprises of both countries will be carried out within the framework of this Agreement on commercial basis.

Article 11

The contracting parties recognize the advantage of and necessity for a stronger participation of small and medium-sized enterprises in bilateral foreign economic relations and shall promote favourable general terms within the framework of the legal regulations in force in the respective countries.

Article 12

1. The contracting parties shall primarily recommend to enterprises the amicable settlements of disputes in mutual agreement.

2. Within the framework of the legal regulations in force in both countries and based on contractual agreements between the enterprises the contracting parties shall promote:

- (a) the settlement of disputes between enterprises in connection with trade and cooperation deals and in the foundation of joint ventures and direct investments of the contracting parties at arbitration courts,
- (b) the application of the settlement rules prepared by the UN Commission for International Trade Law (UNCITRAL) and the appeal to an arbitration court of a signatory state of the Convention signed in 1958 in New York on the Recognition and Enforcement of Foreign Arbitral Awards or of the “Cairo International Center for International Commercial Arbitration”.

Article 13

The legal rights and obligations assumed by enterprises of both contracting parties during the period of validity of this Agreement shall remain unaffected by the amendment or expiry of this Agreement.

Article 14

1. Upon conclusion of this Agreement a “Joint Commission” shall be established, that shall be convened upon request of each of the contracting parties alternatively in Austria or in Egypt.
2. The duties of this Joint Commission shall especially comprise:
 - (a) discussion of the development and status quo of the bilateral foreign economic relations,
 - (b) pointing out of new possibilities for the further development of the future economic cooperation,
 - (c) drawing up of suggestions for the improvement of the terms for the economic, industrial, technical and technological cooperation between enterprises of both countries,
 - (d) submission of suggestions for the application of this Agreement.
3. Differences of opinion between the contracting parties on the application or interpretation of this Agreement are to be settled within the framework of the Joint Commission.

Article 15

This Agreement shall apply without prejudice to the obligations flowing from membership of the European Union, and subject to those obligations. Consequently the provisions of this Agreement may not be invoked or interpreted in such a way as to invalidate or otherwise affect the obligations imposed by the Treaty on European Union or by the agreements between the Arab Republic of Egypt and the European Community.

Article 16

Upon entering into force of this Agreement the following two agreements shall no longer be valid:

1. the Trade Agreement between the Federal Government of the Republic of Austria and the Government of the United Arab Republic of June 1, 1960;
2. the Agreement on Economic and Technical Cooperation between the Austrian Federal Government and the Government of the Arab Republic of Egypt of January 18, 1975.

Article 17

This Agreement shall enter into force on the date of exchanging notes indicating completion of constitutional procedures of both countries and shall be valid for three years period, thereafter it shall be extended for successive one year period unless either Party notifies the other, in writing, of its intention to terminate it three months prior to its expiry.

IN WITNESS WHEREOF, the representatives duly authorized thereto, have signed this Agreement.

DONE at Cairo on the 12th of september 1996, in two originals, in German, Arabic and English language, all texts being equally authentic. In case of divergence of interpretation, the English text shall prevail.

For the Federal Government of the Republic of Austria:

Dr. Benita Ferrero-Waldner

For the Government of the Arab Republic of Egypt:

Amre Mahmoud Moussa

Die Notifikationen gemäß Art. 17 des Abkommens wurden am 1. April 1999 bzw. 21. November 2000 vorgenommen; das Abkommen ist gemäß seinem Art. 17 mit 21. November 2000 in Kraft getreten.

Schüssel